

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 8.

Charlottenburg, Freitag, den 25. Februar 1921.

48. Jahrg.

An die Zahlstellentaffierer!

Die letzte volle Woche des Monats Februar schließt mit Annabend, den 26. Februar, ab. Es ist deshalb an diesem Tage die graue statistische Karte des Reichsamts für Arbeitsverteilung mit den Angaben für den Monat Februar auszufertigen. Wird um pünktliche Einsendung gebeten. Ganz besonders sei nochmals auf die Fragen nach der Zahl der Kurzarbeiter auf der Reverso-Seite der Karte hingewiesen. Wir mußten leider berichten, daß Zahlstellen, von denen wir wissen, daß die Arbeitszeit gemein oder teilweise verürzt war, für den Monat Januar die erforderlichen Angaben nicht gemacht haben. In einzelnen Zahlen mögen die erforderlichen Feststellungen einige Mühe machen; sind aber doch notwendig. Wo Kurzarbeiter nicht vorhanden sind, dürfen die Fragen nicht unbeantwortet bleiben, sondern es muß deren Verneinung durch einen Querstrich (—) ausgedrückt werden, weil man sonst nicht weiß, ob Arbeitsbeschränkung nicht liegt oder nur die Angaben darüber verweigert werden.

Das Verbandsbureau.

Beachtenswerte Anzeichen.

Die Reaktionäre, die sich in den bewegten Novembertagen in alle Ecken verstreut hatten, fühlen sich seit geraumer Zeit von wieder sehr munter. Unablässig, bald in dieser, bald in jener Form, bei allen Gelegenheiten arbeiten sie planmäßig dahin, die Erfolge, die den Arbeitern in jenen Novembertagen zufließen, wieder zu entreißen. Das schlimmste ist, daß die Arbeiterklasse keine Zeit dafür übrig hat, alle diese Vorgänge zu verfolgen. Der Kampf, den sie gegeneinander führen, nimmt alles Interesse allein in Anspruch. Die Reaktionäre befinden sich in der angenehmen Rolle des lachenden Dritten, der mit Vergnügen der Selbstzerfleischung der Arbeiter zusehen kann. Der Achtstundentag, die staatliche Erwerbslosenfürsorge, das Betriebsrätegesetz und zu allernächst erst einmal die „hohen Löhne“ sind alles, was die wieder verschwinden sollen. An Schriftgelehrten, die beweisen, daß Deutschland unrettbar zugrunde gehen muß, wenn den Arbeitern diese Errungenschaften nicht wieder abgehandelt werden, fehlt es nicht. Nachstehend bringen wir einige Ausführungen aus einem Artikel in der „Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 51 vom 19. Dezember 1920) über: Lohn- oder Preisabbau? von Freiherr von Retelshodt. Daß die heutigen Warenpreise nicht sinken bleiben können, erscheint auch diesem selbstverständlich. Ein Irrtum soll es sein, wenn angenommen wird, daß erst die Preise, dann die Arbeiterlöhne abgebaut werden könnten. Umgekehrt kann es nur möglich sein. Wörtlich schreibt der Freiherr v. R.:

„Erst muß der Lohn fallen, ehe die Preise sinken können. Die Lohnarbeiter müssen sich damit abfinden, eine Zeitlang kümmerlicher zu leben, als sie es sich jetzt angewöhnt haben, wie schon die anderen Kreise der Bevölkerung auch kümmerlich leben.“

Ob unter den „alle anderen Kreise“ die Aktionäre gemeint sind, die ihr kümmerliches Dasein bei 20, 30 bis 50 Proz. Dividende fristen müssen, oder die Kreise, die in Deutschland im letzten Jahre allein 1 Milliarde für Sekt auswenden konnten, wird uns hier nicht gesagt.

Der Artikelschreiber gibt aber auch den Arbeitern einen Rat, den sie es machen müssen, wenn sie nicht kümmerlicher, sondern ihr bisheriges Schlemmerleben weiterführen wollen. Er sagt dazu:

„Wer besser leben oder unter schwierigen Verhältnissen in ähnlicher Art weiterleben wollte, müßte den Ertrag seiner Arbeit

durch Mehrarbeit steigern. Es mag hart klingen, wenn hier gesagt wird: Entweder die Leistung steigern oder untergehen.“

Nach dieser „Leistung“ des freiherrlichen Artikelschreibers, die sich nicht mehr viel steigern lassen dürfte, scheint uns dessen Weiterregistrierung gesichert zu sein. Daß heute schon trotz des Achtstundentages die Zahl der gänzlich Erwerbslosen, sowie der Kurzarbeiter eine außerordentlich hohe ist, daß diese Zahlen noch weiter steigen müßten, wenn es nach seinem Vorschlage ginge, sichts diesen Gemütsmenschen nicht an. Es ist das alte, aus der Vorkriegszeit sattjam bekannte Rezept, das auch unseren, hauptsächlich in Alford arbeitenden Kollegen empfohlen wurde. Wenn die Verdienste nicht ausreichen, dann muß eben mehr gearbeitet werden. Den Arbeitern sollte aber der alte Erfahrungssatz noch genügend in Erinnerung sein, daß je länger die Arbeitszeit, desto niedriger der Lohn.

Der freiherrliche Schreiber geht aber in seinen Vorschlägen noch bedeutend weiter. Ausgehend von dem Standpunkt, daß der Papiergeldflut Einhalt geboten werden müsse, um die Entwertung unseres Geldes aufzuhalten und mit der Steigerung der Kaufkraft des Geldes die Möglichkeit zu gewinnen, die Arbeiterlöhne abzubauen, macht er folgenden Vorschlag:

„Durch Reichsgesetz wird der Lohn aller Lohnarbeiter von einem bestimmten Tage ab um 5 v. H. in der Weise herabgesetzt, daß der Arbeitgeber diese 5 v. H. bei einer staatlichen Kasse einzahlt und dem Lohnarbeiter eine Bescheinigung über diesen Betrag gibt. Der Kasse wird unterzagt, dieses Geld wieder auszugeben, so daß sich das umlaufende Geld bei jeder Lohnzahlung um 5 v. H. der gesamten Lohnsumme vermindert. Dem Lohnarbeiter aber werden die als abgezogen bescheinigten Beträge, sobald sie den Betrag von 100 Mk. erreicht haben, mit 3 v. H. verzinst und mit 1 v. H. getilgt. Der Arbeitgeber hat zwar dabei vorläufig die bisherige Lohnsumme weiter zu zahlen, da aber das Geld in demselben Umfange wertvoller wird, als sich die Menge seines Umlaufs vermindert, wird er bald in der Lage sein, seine Preise herabzusetzen. Er wird dann auch die Löhne selbst herabsetzen können, ohne den Lohnarbeiter zu schädigen. Je geringer der Lohn ist, um so weniger machen dem einzelnen die abzuziehenden 5 v. H. aus und auf diese Weise würde durch Amortisierung des Lohnes nach und nach der regelmäßige Zustand wieder angebahnt.“

Die „Arbeitgeberzeitung“ hat diese Vorschläge den Unternehmern zum eifrigsten Studium empfohlen. Sie sagt den Arbeitern aber auch weiter, daß sie sich damit vertraut machen müssen, daß nach dem Familienstand entlohnt wird (bei uns mit der Gewährung der Frauen- und Kinderzulage schon eingeführt), daß die Alfordarbeit ausgebaut und der Achtstundentag wieder abgeschafft werden müsse. Insbesondere das letztere ist das Ziel aller Reaktionäre.

Eine andere Stimme wollen wir noch zitieren. Der Gründer und Leiter der Großeinkaufsgesellschaft Deutschland, A.-G. zu Hamburg, ein Pastor Richter, hatte unlängst ein Rundschreiben an Industrielle versandt. In diesem wird den Industriellen empfohlen, die während des Krieges betriebene Warenlieferung an die Arbeiter auch weiter beizubehalten. Auch das ist dem betriebsamen Pastor ein Mittel zum Zweck, die Arbeiterlöhne abzubauen. In seinem Rundschreiben stellt der Pastor R. die Behauptung auf, daß die deutsche Industrie zermalmt zu werden droht zwischen den hohen Löhnen und den Rohstoffpreisen. Das Ausland verkaufe seine Waren heute schon zum Teil billiger in Deutschland als die einheimische Industrie. Das ist zwar nicht wahr, wird aber doch behauptet, um Geschäfte zu machen. Der außerordent-

lich schlechte Stand unserer Valuta begünstigt in hohem Maße die Ausfuhr, erschwert aber die Einfuhr. So wird z. B. auf die Erzeugnisse der Porzellanindustrie ein Valutarabatt von 40 bis 80 Proz. gewährt. Ein Posten Porzellan, der im Inland mit 200 Mk. bezahlt werden mußte, kostet nach Amerika bei 80 Proz. Rabatt 40 Mk. oder 10 Dollar zum Stande der Friedenswährung. Gilt der Dollar bei uns aber 70 Mk., dann erhält der Exporteur für die Ware 700 Mk., die bei uns 200 Mk. kosten würde. In dem Maße, in dem unsere Valuta sich bessert bzw. der Stand des ausländischen Geldes sinkt, wird selbstverständlich der Rabatt erniedrigt. Daß zunächst nicht an eine Besserung unserer Valutaverhältnisse zu denken ist, liegt bei den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen auf der Hand. Es ist bekannt, daß die Agrarier, die sich an „kimmerliche Verhältnisse“ absolut nicht gewöhnen können, eine unverschämte Preissteigerung für Brotgetreide planen. Eine Verteuerung des Brotes müßte aber eine weitere Verteuerung aller anderen Lebens- und Bedarfsartikel nach sich ziehen. Dessenungeachtet wird von allen Seiten — auch vom Pastor N. in seinem Rundschreiben — auf die Industriellen eingewirkt, zum mindesten das weitere Steigen der Löhne zu bremsen, so lange ein Abbau noch nicht vorgenommen werden kann. Die weitere Folge werden wütende Lohnkämpfe sein müssen, die bestimmt nicht dazu angetan sein werden, das deutsche Wirtschaftsleben zu bessern.

Kenner unserer Finanzverhältnisse beurteilen die Ursachen unserer wirtschaftlichen Misere anders, als die beiden „Autoritäten“, die wir vorstehend zitierten. In einem Rundschreiben eines angesehenen Bankhauses, das schon im November d. J. erlassen wurde, trotzdem aber heute noch uns zutreffend erscheint, wird darüber u. a. gesagt:

„Kein Einsichtiger kann sich der Tatsache verschließen, daß leider der völlige Zusammenbruch des Marktes nur eine Frage von mehr oder weniger kurzer Zeit sein kann. Denn bei der völlig kopf- und ziellosen Finanzpolitik der jetzigen Machthaber und im Hinblick auf die unerträglichen, dem Deutschen Reiche aufgebürdeten Wiedergutmachungsverpflichtungen und auf das laudinenartige Anwachsen des Notenumlaufs muß der Moment kommen, wo die Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte für die Reichsmark aufhört. Wenn ein völlig bankrottes Staatswesen sich den Luxus eines Verwaltungskörpers von phantastischem Umfange gestattet und zweck- und ziellos Hunderttausende von Menschen in der Verwaltung beschäftigt und deren produktive Arbeitskraft dadurch der Gesamtheit entzieht, der Gesamtheit selbst aber die ungeheuren Kosten für ihre Unterhaltung aufbürdet, und seine verantwortlichen Leiter ängstlich eine wirklich radikale Sanierung vorzunehmen sich scheuen und statt dessen den Inlandsgläubigern großmütig hohe Zinsen zahlen, der Auspoberung des Landes durch einige wenige gut protegierte Großindustrielle mit im Schoße gefalteten Händen zusehen, deren durchsichtigen Kapitalfluchtmanövern keinerlei wirksame Hindernisse bereiten, sondern nur nach längst überlebtem System scheinbare Steuerquellen erschließen, welche erfahrungsgemäß nur spärlich oder gar nicht fließen, kann das Ende nur der Zusammenbruch sein.“

Dazu kommen die unausgesehten Lohnkämpfe, die durch ein haßstarriges Unternehmertum hervorgerufen sind und durch die arbeiterfeindliche Politik einer auf schwachen Füßen stehenden Regierung ständig neue Nahrung finden.

Es wird dann weiter hingewiesen auf die bevorstehenden schweren inneren Kämpfe wegen der Sozialisierung der Bergwerke, auf die Separationsbestrebungen Bayerns und des Rheinlandes, auf die ernste Frage der Zukunft Oberschlesiens und besonders auf das Wiedererstarken der reaktionären Kreise im Deutschen Reiche, alles Momente, die im Inlande wie im Auslande zu den größten Besorgnissen Anlaß geben und die Ursache bilden, daß der Wert der Mark sinken muß.

Die ganz naturnotwendige Folge werden Lohnsteigerungen sein müssen, aber kein Lohnabbau. Damit rechnet auch das Rundschreiben der Bank, sagt aber, daß die industriellen Unternehmungen unter den eingetretenen und noch zu erwartenden Lohnsteigerungen nicht leiden werden. Die Werke werden in der Lage sein, Preissteigerungen vorzunehmen, die über das Maß der Lohnsteigerungen erfahrungsgemäß hinausgehen. Es ist abwegig, zu behaupten, daß die deutsche Industrie infolge der durch Lohnsteigerungen steigenden Produktionskosten ihre Konkurrenten im Ausland verlieren wird, da entsprechend der Preiserhöhung der Produkte, der Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung usw. der Wert der Reichsmark sinkt und die Produkte selbst dadurch wieder an Preiswürdigkeit im Auslande gewinnen. Hierbei fällt als sehr beachtlich ins Gewicht, daß das Lohnniveau in der deutschen Industrie ganz wesentlich unter dem in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern üblichen

steht und die Produktionskosten in Deutschland auch ohnedies weniger sind als in den übrigen Ländern.

Wir haben diese Auffassung eines angesehenen Finanzinstituts unseren Mitgliedern zur Kenntnis gegeben, um zu zeigen, daß in Wirklichkeit die Dinge schon etwas anders liegen, als von den Reaktionären und deren Goldschreibern vom engstirnigsten Standpunkt des momentanen Profitinteresses fortgesetzt dargestellt werden. An der Tatsache selbst wird aber nichts geändert, daß das organisierte Unternehmertum in seinen Spitzenorganisationen die Parole schon längst ausgegeben hat, jede Erweiterung von bisher an die Arbeiterschaft gemachten Zugeständnissen strikt abzulehnen. Keine weiteren Lohnerhöhungen, strikte Zuneigung einer effektiven 48-Stunden-Arbeitswoche, keine weiteren Zugeständnisse in der Ferienfrage usw. So veröffentlichte unlängst die „Graphische Presse“ einen Auszug aus einem Rundschreiben der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, in dem gesagt wird:

„Wir machen darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaften neuerdings bei einem Mitgliederverband in den Verhandlungen über die Erneuerung eines Manteltarifvertrages für das Jahr 1921 die Forderung auf Gewährung einesurlaubes von drei Wochen erhoben haben. Auch hier tritt das Ziel der Gewerkschaften ganz klar in Erscheinung, die Handarbeiter mit den Angestellten gleichzustellen, d. h. einerseits die Rechte der Handarbeiter vermehren, andererseits die Angestellten durch diese Gleichstellung zu proletarisieren. Es handelt sich bei den Tarifkämpfen um die Urlaubsregelung deshalb nun offensichtlich nicht mehr sehr um eine rein finanzielle Frage (Bezahlung von Urlaubstagen), sondern um eine Frage von größter grundsätzlicher Bedeutung, deren Erkenntnis erneut einen Appell an unsere Mitgliederverbände notwendig macht, als unvermeidlich geworden die Höchstgrenzen für den Urlaub die neuntägige Urlaubszeit nicht überschreiten und die Zurückweisung weitgehender Forderungen der Arbeiterschaft bei den Tarifverhandlungen zu einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung für den weiteren Tarifabschluß überhaupt zu machen. In vielen Fällen ist es in den letzten Monaten sogar bei langfristig laufenden Mantelverträgen durch die Stabilität der Arbeitgeber möglich gewesen, an dem sechstägigen Urlaub festzuhalten.“

Vielleicht wird manchem Kollegen nunmehr besser einleuchten, warum unsere Tarifverhandlungen sich von einem Male zum anderen immer schwieriger gestalten. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände umfaßt heute 1310 Arbeitgeberverbände, die 101 500 Betriebe mit 6,5 Millionen Arbeitern umfassen. Dort gibt es keinen Richtungsstreit, dort gibt es keinen Kampf gegen die „Bonzen“, dort werden Befehle aus Moskau nicht entgegengenommen. Dort bestimmt nur das eigene allgemeine Interesse, und in der Wahrnehmung desselben gegen die Arbeiter herrscht vollste Einmütigkeit. Durch ihr Sprachrohr, die „Arbeitgeberzeitung“, haben die organisierten Unternehmer schon öfter den Versuch unternommen, die Gesetzgebung dafür zu gewinnen, daß die Arbeitergewerkschaften mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden für jede Verletzung eines Tarifvertrages. Das würde dem Unternehmertum so passen, mit Hilfe der heutigen Justiz die Gewerkschaftsvermögen in ihre Kassen überführen zu lassen. Daß sich genügend Rechtsgelehrte finden, die beweisen würden, daß in jedem Falle die Arbeiter der schuldige Teil in einem Konflikt sind, steht für uns im Vorhinein fest. Bei der Willfährigkeit der heutigen Regierung, den Wünschen der Unternehmerorganisationen Rechnung zu tragen, kann man schließlich auch noch erwarten, daß ein Versuch in dieser Richtung gemacht wird. Diesen Anzeichen gegenüber haben wir genügend Grund, unsere gewerkschaftlichen Kräfte nicht zu zersplittern, sondern zusammenzufassen.

Unsere Kollegen sollen sich in Zukunft mehr als bisher mit beschäftigen, nicht nur die an die Oberfläche tretenden Erscheinungen, sondern die tieferliegenden Ursachen kennenzulernen, die unserem Vorwärtstreben hindernd in den Weg treten. Jede einzelne Arbeitsgruppe steht immer und in jedem Falle der organisierten und geschlossenen Macht des organisierten Gesamtunternehmertums gegenüber. Von letzterem werden die Pfeile geschossen, die auf uns abgeschossen werden. Die Arbeiterschaft muß ihrerseits ebenfalls eine einheitliche, von gleichem Willen besessene, gleichen Zielen zustrebende Masse sein, die geschlossen dem organisierten Unternehmertum entgegentreten kann.

Zur Nachfolge Legiens.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 19. Januar Theob. Lehart als ersten Vorsitzenden und Nachfolger Carl Legiens gewählt. Für Kreise, die der Gewerkschaftsbewegung fernere stehen, mag diese Wahl etwas überraschend gekommen sein. Dort hat man sich daran gewöhnt, Männer von größtem

den Ansehen an der Spitze der Gewerkschaften zu finden, und Leipart ist in der parlamentarischen Welt fast völlig unbekannt geblieben. Umso größer ist allezeit sein Ansehen in der Welt der Gewerkschaften gewesen, und hier hat er so Bedeutendes geleistet, daß seine Eignung für diesen Posten von keiner Seite bestritten wurde. Er ist daher nicht als einziger Kandidat in Vorschlag gebracht und gegen eine sehr geringe Minderheit gewählt worden. Die Opposition richtete sich auch weniger gegen seine Persönlichkeit als vielmehr gegen die Ersatzwahl überhaupt; sie wollte den Posten bis zum nächsten Kongress unbesetzt lassen.

Theodor Leipart ist, wie Legien, aus dem Drechslerberuf hervorgegangen. Er ist am 17. Mai 1867 in Neubrandenburg geboren, ist heute also im 54. Lebensjahre. Frühzeitig kam er nach Hamburg, wo er seit 1886 neben Legien in der Drechslervereinigung eine führende Stellung einnahm. Im Jahre 1890 wurde er Redakteur der Zeitschrift für Drechsler und nach Legiens Eintritt in die Generalkommission Vorsitzender der Drechslervereinigung. Nach deren Verschmelzung mit den Verbänden der Tischler, Stellmacher und Maschinenmacher trat er als zweiter Vorsitzender in die Leitung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Stuttgart ein. Hier entwickelte er eine großzügige organisatorische Tätigkeit. Die Gewerkschaften waren auf einen Tiefstand gesunken, der das Vertrauen zu ihnen völlig erschütterte. Es galt, die Gewerkschaften leistungsfähig und tagfertig zu gestalten, um sie zu wirklichen Wirtschaftsvertretungen der Arbeiterklasse zu machen. Beitrags- und Unterstützungsweisen, Lokal- und Zentralverwaltung, Fachorgan, Streikführung und Sicherung der Errungenschaften mußten völlig umgestaltet werden. Dem ansehenden Geschick Leiparts, gepaart mit zäher Energie, gelang es, dieses Werk in wenigen Jahren zu bewältigen. Unter seinem maßgebenden Einfluß wurde der Holzarbeiterverband bald eine der führenden Gewerkschaften. Aber auch damit war sein Wirken nicht erschöpft. Mit eisernem Fleiß wandte er sich der Durchführung der Tarifvertragspolitik zu, die er zu einer wichtigen Waffe der Gewerkschaften gestaltete. Das Arbeitsnachweiswesen verdankt ihm starke Förderung. Unablässig arbeitete er an dem weiteren Ausbau der Generalkommission und des „Korrespondenzblattes“ mit. Schon 1900 wollte er die Generalkommission zu einem Deutschen Gewerkschaftsbund erweitern. Die Einrichtung der Sozialpolitischen Abteilung entsprang seiner Initiative und für die Gewerkschaftsstatistik war er mehr als einer Beziehung führend.

Während des Weltkrieges war Leipart hervorragend bemüht, die Gewerkschaften auf die Unterstützung der in den Krieg hineingezogenen Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Familien einzustellen. Vorwegweisend waren seine Organisationsvorschläge für die Kriegsschädigtenfürsorge. Auch in sozialpolitischer Richtung hat er eifrig gewirkt, so für die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und Tarifvertrages.

Beim Eintritt der Revolution gehörte Leipart zu den führenden Männern der Gewerkschaften, die die Notwendigkeit eines organisierten Wiederaufbaues der heimischen Wirtschaft durch Zusammenhalten der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden erkannten und bei letzteren die völlige Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer wesentlichsten Forderungen durchsetzten. Aber Leipart ist nicht weniger als ein fanatischer Anhänger des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft. Das beweist seine hervorragende Anteilnahme an der Fassung des vom Nürnberger Gewerkschaftskongress beschlossenen Gewerkschaftsprogramms (Richtlinien zu den Satzungen des Gewerkschaftsbundes), bei der er sich mit größter Begeisterung für die Deklaration des Bekenntnisses zum Sozialismus einsetzte. Nicht minder eifrig setzte er die Anerkennung des Betriebsrätegedankens und den Ausbau dieser Vertretung durch.

Leipart gehört wie Legien zu jener Kategorie von Gewerkschaftsführern, die in allen Zweigen der Organisation groß geworden sind und die gesamte Bewegung beherrschen. Er ist kein Spezialist, sondern ebensogut Organisator wie Schriftleiter, Statistiker wie Kampfleiter, Sozialpolitiker wie Geschichtsschreiber. Nur vom parlamentarischen Wirken hat er sich ferngehalten. Dennoch gehörte er, nachdem er im Jahre 1919 das Amt eines württembergischen Arbeitsrats übernahm, auch dem württembergischen Landtage an.

Die Gewerkschaftsbewegung, die Theodor Leipart an ihre Spitze führen darf, erwartet viel von seiner Kraft. Sein Vorgänger hat ein großes Erbe in schwerer Zeit hinterlassen, und es sind starke zehrende Bestrebungen tätig, um es zu zersplittern und aufzulösen. Überdies reicht die Kraft eines Mannes nicht aus, um dieser Feinde der Gewerkschaften Herr zu werden. Aber wir können das Vertrauen in Leipart haben, daß er das, was ein Mann an dieser Stelle leisten kann, auch leisten wird. Das Ansehen der Gewerkschaftsbewegung kann nur durch überzeugteren und begeisterteren Vertreter finden als ihn.

Das Existenzminimum im Januar 1921.

Von Dr. R. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren im Januar 1921 etwas niedriger als im Vormonat, aber höher als von August bis November 1920. In Groß-Berlin kosteten Brot, Milch und Gas 10mal soviel wie vor sieben Jahren, Briskett 13mal soviel, Butter 14mal soviel, Zucker 15mal soviel, Margarine 16mal soviel, Kartoffeln 19mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Von Januar 1920 bis Januar 1921 stieg der Preis für 1 Pfund Brot von 55 Pf. auf 1,18 Mk., Kartoffeln von 23 Pf. auf 52 Pf., Butter von 12,60 Mk. auf 20 Mk., Zucker von 1,03 Mk. auf 3,80 Mk. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Januar 1914 bis Januar 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den vier Wochen vom 3. bis zum 30. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Januar 1921 Pf.	Preis Januar 1914 Pf.
7000 Gramm Brot	1800	185
600 " Roggenmehl	510	17
1000 " Fleisch	2184	180
90 " Butter	360	28
700 " Zucker	582	85
Zusammen	5886	443

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 53,86 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,43 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6500 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—6500 = 4700 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 6500 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 Mk., für eine Frau auf 39 Mk., für einen Mann auf 54 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Januar 1914 für ein Kind 1,70 Mk., für eine Frau 2,65 Mk., für einen Mann 3,52 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Januar 1921 Pf.	Preis Januar 1914 Pf.
Rationierte Nahrungsmittel	1347	111
3000 Gramm Kartoffeln	309	16
250 " Graupen	145	10
250 " Hafersflocken	220	13
125 " Margarine	325	20
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	2346	170
1500 Gramm Kartoffeln	155	8
250 " Roggenmehl	260	7
250 " Hafersflocken	220	13
2500 " Gemüse	350	25
500 " Speisebohnen	285	22
125 " Margarine	325	20
Zusammen für eine Frau	3941	352
2000 Gramm Gemüse	280	20
250 " Erbsen	175	10
125 " Margarine	325	20
500 " Reis	500	22
250 " Marmelade	225	15
Zusammen für einen Mann	5446	352

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briskett und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 15,20 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 7,50 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk. (2,50 Mk.), Frau 20 Mk. (1,65 Mk.), Kind 10 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-
reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag
von $\frac{1}{2}$ (1913/14: $\frac{1}{4}$) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für
Groß-Berlin:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	54,—	94,—	141,—
Wohnung	9,—	9,—	9,—
Heizung, Beleuchtung	23,—	23,—	23,—
Wäsche	30,—	50,—	70,—
Sonstiges	39,—	58,—	80,—
Januar 1921	155,—	234,—	323,—
Dezember 1920	158,—	238,—	330,—
Januar 1920	114,—	167,—	220,—
August 1913/Julii 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate des Jahres 1920 vgl. mein Buch
„Das Existenzminimum und verwandte Fragen“, Verlag Hans
Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 123—126.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige
Mindestverdienst im Januar 1921 für einen alleinstehenden
Mann 26 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 39 Mk., für ein Ehe-
paar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 54 Mk. Auf das
Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden
Mann 8100 Mk., für das kinderlose Ehepaar 12 200 Mk.,
für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 850 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Januar 1921 ist das
wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den
alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 155 Mk., d. h. auf das
9,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 234 Mk.,
d. h. auf das 10,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von
28,80 Mk. auf 323 Mk., d. h. auf das 11,2fache. An dem Existenz-
minimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt annähernd
10 Pf. wert.

Teuerungszahlen.

Die „Monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise“
von Calwer ergaben für den Monat Dezember eine Reichsindex-
ziffer von 369,76 Mk. gegen 357,05 Mk. im November v. J. Die
Steigerung beträgt also in diesem einen Monat 12,71 Mk. Indem
die Calwersche Berechnungsgrundlage immer die gleiche bleibt,
immer dieselben Lebensmittel umfasst und deren jeweilige Preise
aus 200 deutschen Städten ermittelt, ist diese Zusammenstellung
ein verhältnismäßig zuverlässiger Maßstab für die Aufwärtsbe-
wegung der Lebensmittelpreise.

Eine Zusammenstellung vom Januar 1914 bis Dezember
1920 ergibt das folgende Bild:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Januar	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	63,65	180,65
Februar	25,29	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93	147,65
März	25,08	32,90	43,47	54,69	57,—	67,30	167,60
April	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13	69,65	139,78
Mai	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70	224,63
Juni	24,78	37,36	52,61	54,34	57,60	78,65	232,15
Juli	25,12	38,16	53,47	55,26	58,11	82,21	252,38
August	26,41	39,13	53,53	54,67	59,43	85,45	261,33
September	26,14	39,93	53,55	57,37	60,84	95,67	273,95
Oktober	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80	100,63	332,20
November	27,86	38,86	52,92	55,49	62,49	108,83	357,05
Dezember	28,72	39,33	53,21	54,49	62,96	114,65	369,76

Das Dreifache der Friedensration des deutschen Marine-
soldaten, das Calwer seiner Berechnung für die Ernährungslosten
einer vierköpfigen Familie zugrunde legt, konnte man im Juli
1914 für 25,12 Mk. erhalten, während man im Dezember 1920
dafür 369,76 Mk. zahlen mußte, also mehr als das Vierzehnfache.

Dabei stehen weitere Erhöhungen immer wieder in Aus-
sicht, insbesondere droht uns eine horrendere Verteuerung des
Brottes. Netto Aussichten.

Das Oberschiedsamt.

Dritte Sitzung am 18. und 19. November 1920 in Berlin,
Hotel „Russischer Hof“.

Vorsitzender: Herr Ministerialrat vr. Dersch, Berlin. Bei-
sitzer auf Arbeitgeberseite: Herr Geheimrat Gohlke, Berlin; Herr
Fabrikbesitzer Ernst T... Herr Fabrikbesitzer Untucht, Mag-
deburg. Beisitzer auf Arbeitnehmerseite: Herr Belzel, Char-
lottenburg; Herr B... Charlottenburg; Herr Herden, Char-
lottenburg. Vertreter der Parteien: Herr Regierungsrat Furbach
(mit Ausnahme der Fälle 46, 57 und 58, die Firmen be-
treffen, die von dem Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen
Industrie nicht angefordert); Herr Verbandssekretär Karl; ferner
(mit Ausnahme einiger Fälle) Vertreter von beiden Seiten aus
den betreffenden Betrieben.

Streitfall Nr. 45.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt Thüringen hatte
am 7. Juli 1920 König von Ortsklasse 2b nach 2a versetzt. Gegen
diesen Schiedspruch legte die Firma Königer Porzellanfabrik Be-
rufung beim Oberschiedsamt ein.

Schiedspruch zu Nr. 45.

Der angefochtene Spruch des Gauschiedsamtes wird aufge-
hoben und demgemäß angeordnet, daß König in der Ortsklasse
2b zu verbleiben hat.

Begründung: Wenn auch das Oberschiedsamt nicht
verkannt hat, daß es sich hier um einen Grenzfall handelt,
sprechen doch überwiegende Gründe dafür, den Ort in der Orts-
klasse 2b zu belassen. Allerdings ist an dem Platz einigermaßen
Industrie vorhanden, aber die Gesamtheit der Lebensverhältnisse
hält sich doch innerhalb der Grenze, wie sie die anderen Orts-
klassen in der Ortsklasse 2b aufweisen. Dies gilt insbesondere auch für
die Mieten, die hier eine wesentliche Rolle spielen.

Streitfall Nr. 46.

Sachverhalt: Durch Spruch des Gauschiedsamtes
Thüringen vom 7. Juli 1920 wurde Elgersburg bei Ilmenau in
Thüringen von Ortsklasse 2b nach 2a versetzt. Die dortigen
Firmen beantragten beim Oberschiedsamt Aufheben dieses
Spruches.

Schiedspruch zu Nr. 46.

Der angefochtene Schiedspruch des Gauschiedsamtes wird
bestätigt, und die Versetzung des Ortes Elgersburg nach Orts-
klasse 2a bleibt deshalb zu Recht bestehen.

Begründung: Elgersburg ist ein überwiegend industri-
eller Ort. Die gesamte Lebenshaltung ist auf Verhältnisse an-
geschliffen, wie sie den in der Ortsklasse 2a befindlichen Plätzen
entsprechen. Vor allem ist es auch die Glasindustrie, die gerade
an jenem Platz hohe Löhne zahlt und dadurch verteuern auf die
Lebenshaltung einwirkt. Auch die Nähe von Ilmenau ist in
der gleichen Richtung zu bewerten. Inwiefern Elgersburg unter
den gegenwärtigen Verhältnissen noch als Kurort hierbei weiter
verteuernd einwirkt, kann bei dieser Sachlage dahingestellt bleiben.

Streitfall Nr. 47.

Sachverhalt: Der bei der Firma Porzellanfabrik
Bebra als Gießer beschäftigte Kollege Langbein erhob Anspruch
auf Entlohnung als Facharbeiter, weil er vor seinem Eintritt bei
dieser Firma bei der Firma Schmidt in Schleusingen die Fach-
arbeitereigenschaft als Former erwarb. Das Gauschiedsamt
Thüringen entschied in der Sitzung am 7. Juli 1920, daß er für
seine Beschäftigung als Gießer keinen Anspruch auf Facharbeiter-
entlohnung habe, weil er nach dem Lehrzeugnis nicht als Gießer
sondern als Former gelernt habe. In den beim Gauschiedsamt
erhobenen Einspruch verwiesen wir auf die unter Ziffer 2 des
protokollarischen Feststellungen zu § 19 betr. Facharbeitereigen-
schaft des alten Vertrages gemachten Ausführungen, die folgen-
lauten: „Wenn ein Facharbeiter dauernd in sein Fach einschlägige
Arbeiten verrichtet, so erhält er auch dann den Facharbeiterlohn,
wenn in dieser Gruppe keine Facharbeiter vorhanden sind, z. B.
wenn ein Dreher zum Rapsfeldrehen verwendet wird oder ein
Figurenformer als Gießer oder ein Maler als Drucker, Heber,
Fondsprüher usw.“

Schiedspruch zu Nr. 47.

Der angefochtene Spruch des Gauschiedsamtes wird aufge-
hoben und dahin erkannt, daß der als Gießer beschäftigte Former
Langbein auch für seine Giebertätigkeit als Facharbeiter zu ent-
lohnen ist.

Begründung: Nach der vorgelegten, unwidersproch-
gebliebenen Bescheinigung der Firma Schmidt vom 3. Mai 1920
ist Langbein gelernter Former und hat damit die Facharbeitereigen-
schaft. Bei dieser Sachlage trifft auch hinsichtlich seiner Be-
schäftigung als Gießer, die zweifellos in sein Fach einschlägt, die
protokollarische Festlegung zu § 19 des alten Reichstarifvertrages
vom Januar 1920 zu. Er ist demgemäß auch für seine Giebertätigkeit
als Facharbeiter zu entlohnen. Uebrigens hat die Firma
ausdrücklich mitgeteilt, daß sie kein Interesse mehr an dem Spruch
des Oberschiedsamtes habe, da sie sich mit Langbein und dem
Betriebsrat geeinigt habe und hat damit zu erkennen gegeben,
daß sie die Gründe der Einspruchspartei anerkennt.

Streitfall Nr. 48.

Sachverhalt: Bei der Firma Greiner & Herde
Oberhofen wurden die Becherquetscherinnen und Gießerinnen
während der Dauer des Vertrages vom 25. August 1919 auf deren
Forderung hin als Facharbeiterinnen anerkannt und entlohnt.
Nach dem Inkrafttreten des Vertrages vom 1. Januar 1920 mo-

te sich die Firma, diese Kolleginnen weiterhin als Facharbeiterinnen zu entlohnen mit der Begründung, Quetscherinnen und Heberinnen seien in diesem Vertrage nicht als Facharbeiterinnen genannt und § 21 dieses Vertrages, der besagt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter der Dauer des Tarifvertrages vom August 1919 als Facharbeiter anerkannt waren, seien weiterhin als solche zu entlohnen, könne für diesen Fall nicht in Anwendung kommen, da die Firma irrtümlich der Forderung Arbeiterinnen auf Anerkennung und Entlohnung als Facharbeiterinnen Rechnung getragen habe.

Das Gauschiedsamt Oberfranken-Oberpfalz entschied am Juli durch 2 getrennte Schiedsprüche, daß die Becherquetscherinnen nicht als Facharbeiterinnen zu entlohnen seien, dagegen in den Gießerinnen auch weiterhin die Löhne für Facharbeiterinnen zu.

Beide Teile wendeten sich an das Oberschiedsamt. Wir trugten unter a Aufhebung des Schiedspruches betr. der Becherquetscherinnen und der Weiterentlohnung als Facharbeiterinnen; dagegen beantragte die Firma unter b Aufhebung des auf sie ungünstigen Schiedspruches betr. der Gießerinnen.

Schiedspruch zu Nr. 48.

a) und b) Von den angefochtenen beiden Schiedsprüchen ist der Schiedspruch betr. Becherquetscherinnen aufgehoben und der Schiedspruch betr. Gießerinnen bestätigt. Die hier in Frage kommenden 10 Gießerinnen und Becherquetscherinnen, die vor dem Januar 1920 als Facharbeiterinnen entlohnt worden sind, sind auch weiterhin als Facharbeiterinnen zu bezahlen, der etwa zu wenig gezahlte Lohn ist nachzuzahlen.

Begründung: Tatsächlich ist festgestellt sowohl durch Erklärungen der Parteien als auch durch Vorlage von acht Lohnbüchern, daß die hier in Frage stehenden 10 Becherquetscherinnen und Gießerinnen nach Inkrafttreten des Tarifvertrages vom 25. August 1919 von der Firma als Facharbeiterinnen entlohnt worden sind und auch durch die Firma in den Lohnbüchern die Bezeichnung als Facharbeiterinnen eingetragen worden ist. Weiter ist festgestellt, daß erst bei Inkrafttreten des Tarifs vom Januar 1920 die Bezahlung als Facharbeiterinnen seitens der Firma rückgängig gemacht wurde.

Nur um diese persönlich genannten Arbeiterinnen handelt es sich hier. Die Frage läuft darauf hinaus, ob der § 21 des Tarifvertrages vom Januar 1920 und unter der Geltungsdauer des neuen Tarifs vom Oktober 1920 dessen § 19 auf sie anzuwenden ist. Vorausgesetzt ist in beiden Paragraphen, daß die Beschäftigten als Facharbeiterinnen für diese persönlich genannten Arbeiterinnen anerkannt worden ist. Dieses Anerkenntnis ist ohne Zweifel dadurch erfolgt, daß die Firma die oben erwähnten Eintragungen in die Lohnbücher als Facharbeiterinnen vorgenommen hat. Es ist nur noch in Frage, ob etwa dieses Anerkenntnis durch einen Irrtum veranlaßt worden ist, und beziehungsweise, ob dieser Irrtum auf die rechtliche Wirksamkeit des Anerkenntnisses von Einfluß ist. Dabei hat das Oberschiedsamt zunächst sich dahin geäußert, daß der Irrtum, selbst wenn er vorhanden war, nicht unerheblich ist. Denn es würde sich höchstensfalls um einen Irrtum im Beweggrund bei Abgabe des Anerkenntnisses handeln haben. Ein solcher Irrtum berechtigt aber nicht zur Aufhebung der Erklärung, da die §§ 119 und 123 des B. G. B. nicht zutreffen. Weiterhin hat aber das Oberschiedsamt auf Grund der Gesamtlage der Umstände und insbesondere auf Grund der oben erwähnten Erklärung des Firmeninhabers es nicht als einwandfrei erwiesen ansehen können, daß in der Tat nur ein Irrtum wesentlich bestimmter Grund vorlag.

Da somit ein rechtsgültiges Anerkenntnis vorliegt, greifen die oben erwähnten §§ 21 des Tarifes vom Januar 1920 und des Tarifs vom Oktober 1920 Maß. Eine etwaige gegenwärtige nachträgliche Vereinbarung würde für den Tarif ungültig sein, selbst wenn sie stattgefunden hätte.

Streitfall Nr. 49.

Sachverhalt: Die Firma Steingutfabrik A.-G. Sörby-Meinen erkannte die Gießerinnen und Garniererinnen während der Dauer des Vertrages vom 25. August 1919 als Facharbeiterinnen an und die Stückpreise der von ihnen bearbeiteten Artikel wurden dementsprechend festgesetzt. Durch eine betriebliche Anordnung war die Firma gezwungen, einen Teil der Arbeiterinnen (die verheirateten) zu entlassen und bekam für jüngere (nicht verheiratete) Arbeiterinnen zugewiesen. Da die A.-G. Gießerinnen und Garniererinnen nicht als Facharbeiterinnen benannt sind, und die schon länger in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiterinnen nur deshalb als Facharbeiterinnen weiter entlohnt werden mußten, weil sie schon vor dem

Abschluß des A.-G. als solche anerkannt worden waren, hielt sich die Firma für berechtigt, den neucingestellten Gießerinnen und Garniererinnen Abzüge von 15 Proz. von den für Facharbeiterinnen festgesetzten Stückpreisen zu machen.

Unsere Kolleginnen wandten sich deshalb an das Gauschiedsamt Schlesien-Sachsen, und dieses entschied am 24. September 1920 dahingehend, daß die Abzüge zu Unrecht erfolgt seien. Gegen diese Entscheidung erhob die Firma beim Oberschiedsamt Einspruch. Ein Schiedspruch wurde nicht gefällt, da ein Vergleich zwischen den Parteien zustande kam.

Vergleich zu Nr. 49.

Die Akkordverdienste der als Facharbeiterinnen nicht anerkannten Gießerinnen und Garniererinnen werden ab 1. Oktober errechnet auf Grundlage der Akkordbasis der Facharbeiterinnen abzüglich 5 Proz. (fünf Prozent).

Die Beschwerdeführerin zog daraufhin ihren Einspruch zurück.

Die Sozialisierung des Baugewerbes.

Eine Werbeschrift zur Förderung der Sozialisierung.

Unter dem Titel „Die Sozialisierung des Baugewerbes“ hat der Deutsche Bauarbeiterverband sieben eine 72 Seiten starke, von H. Ellinger verfasste Werbeschrift zur Förderung der Sozialisierung herausgegeben. Die Schrift umfaßt das ganze Gebiet der baugewerblichen Sozialisierung, nämlich

1. die Sozialisierung des Wohnungswesens,
2. die Sozialisierung der Baustoffbetriebe,
3. die Sozialisierung der Baubetriebe.

In einer Einleitung über die Bedeutung der Sozialisierung im allgemeinen wird darauf hingewiesen, daß zum Wiederaufbau unserer zerrütteten Volkswirtschaft Wirtschaftsformen gesucht werden müßten, die einerseits alle Volkskräfte und alle vorhandenen wirtschaftlichen Werte in den Dienst des Wiederaufbaues stellen, und die andererseits die höchste Steigerung der Arbeitsergiebigkeit gewährleisten. Eine solche Wirtschaftsform könne die heutige kapitalistische Privatwirtschaft nicht sein, weil sie den Schaffenden keine Gewähr biete, daß die von ihnen geschaffenen Werte zum Wohle aller verwendet werden. Die Arbeiter hätten es satt, ihre Arbeitskraft zum Nutzen privater Kapitalisten so anzuwenden, wie dies im Interesse aller erforderlich wäre.

In einem zweiten Kapitel wird an den Verhältnissen im Baugewerbe der Widerspruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems gezeigt. Trotzdem heute in Deutschland zur ordnungsgemäßen Unterbringung unserer Bevölkerung rund 1 Million Wohnungen fehlen, trotzdem hunderttausende Arbeitslose — darunter viele zehntausende Bauarbeiter aller Art — vorhanden sind, trotzdem es heute an Baustoffen nicht mehr fehlt, sondern Baustoffbetriebe infolge mangelnden Absatzes stillgelegt und die Arbeiter entlassen werden müssen, wird doch nicht mehr gebaut. Warum? Weil auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht mehr gebaut werden kann, weil sich das Bauen auf privatkapitalistischer Grundlage nicht mehr rentiert. Möglich wäre das Bauen auf privatkapitalistischer Grundlage erst dann wieder, wenn die Mieterschutzgesetzgebung aufgehoben und das freie Spiel der Kräfte auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens wieder eingeführt würde. Mit anderen Worten: wenn die Mieten so hoch geschraubt werden könnten, daß sich das in den Wohnungsbau hineinzusteckende Anlagekapital wieder angemessen verzinst. Da die Baukosten heute infolge des kapitalistischen Wuchers etwa zwölf- bis dreizehnmal so hoch sind wie vor dem Kriege, so müßten die Mieten etwa in dem gleichen Maße steigen. Ohne eine solche Mietsteigerung ist heute der Bau von Wohnungen auf privatkapitalistischer Grundlage nicht möglich. Was aber der einzelne Privatkapitalist nicht kann, das kann die Allgemeinheit, indem sie die Gesamtheit der vorhandenen Wohnungen gemeinsam bewirtschaftet, sie — soweit nötig — auch gemeinsam belastet und ihre Erträge zum Bau billiger neuer Wohnungen verwendet. Nur durch die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen läßt sich die heutige Wohnungsnot ohne die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte und ohne die schlimmste Ausbeutung der Mieter überwinden.

Als unbedingt notwendig weist die Schrift die Sozialisierung der Baustoffbetriebe und der Baubetriebe nach. Wenn heute das Bauen so außerordentlich teuer ist, so sind daran nicht die hohen Löhne der Bauarbeiter, sondern vor allem der zügellose Baustoffwucher und das Gewinnstreben der privaten Bauunternehmer schuld. Das geht schon daraus hervor, daß die Löhne der Bauarbeiter gegenüber der Vorkriegszeit durchschnittlich nur um das Sieben- bis Achtefache, die Baukosten aber um das Zwölf- bis Fünfzehnfache gestiegen sind. Die Schrift weist nach, daß die Aktionäre der Baustoffindustrien in den letzten Jahren zum Teil ungeheure Gewinne eingefackt haben. Die Betriebsüberschüsse belaufen sich zum Teil auf Dubende

von Millionen. Die Dividenden betragen — nachdem man den sogenannten „Reingewinn“ durch Abschreibungen, Rückstellungen usw. soviel wie möglich verkleinert hat — in zahlreichen Fällen 10, 15, 20 und mehr Prozent. Angesichts solcher Gewinne, sagt die Schrift, ist es kein Wunder, daß die Baustoffe unerschwinglich im Preise sind, und daß das Bauen infolge der hohen Kosten heute nahezu unmöglich ist. Daß durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffbeschaffung gewaltige Summen gespart werden können, weist die Schrift ebenfalls nach.

Ebenso wie der Wucher mit Baustoffen, trägt auch die Verteuerung der Bauausführung durch die privatkapitalistischen Bauunternehmer zu den heutigen hohen Baukosten bei. Die Schrift des Bauarbeiterverbandes weist nach, daß die Bauunternehmer schon bei gewöhnlichen Tagelohnarbeiten, bei denen sie nicht das geringste Risiko haben Zuschläge zum tariflichen Stundenlohn von durchschnittlich 50 Proz., in zahlreichen Fällen sogar 70, 80 und mehr Prozent verlangen. Außerdem verlangen sie noch Zuschläge von 15 bis 35 Proz. auf die von ihnen gelieferten Baustoffe, ja sogar Zuschläge für die Nichtlieferung von Baustoffen usw.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die von den Bauarbeitern ins Leben gerufenen sozialen Baubetriebe die Bauarbeiten wesentlich billiger ausführen können, als die privaten Unternehmer, zumal die Arbeiter in diesen Betrieben mit ganz anderer Lust und Liebe arbeiten, als bei privaten Unternehmern. Die Schrift führt eine Fülle von Beispielen für die Verbilligung der Bauausführung durch soziale Baubetriebe an. Nicht selten kommt es vor, daß dort, wo die sozialen Baubetriebe mit den Privatunternehmern zum ersten Male in Wettbewerb treten, die Unternehmer um 30, 50, ja sogar 100 Proz. teurer sind, als die sozialen Betriebe. Sobald freilich die Unternehmer merken, welche Konkurrenz ihnen in den sozialen Betrieben erwachsen ist, gehen auch sie mit ihren Preisen herab, zum Teil so weit, daß selbst die sozialen Baubetriebe kaum noch mitkonkurrieren können, weil es ihnen häufig an leistungsfähigen Maschinen und anderen Betriebsmitteln fehlt.

Die Schrift verlangt auf Grund dieser Tatsachen die weitestgehende Förderung der Sozialisierung durch Reich, Länder und Gemeinden aber durch gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, Baugenossenschaften usw., die heute alle nur mit öffentlichen Mitteln bauen können.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat recht: Nicht nur die Bauarbeiter, sondern das ganze nichtkapitalistische deutsche Volk, das heute in schlechten und zum großen Teil überfüllten Wohnungen haust oder überhaupt keine Wohnungen bekommen kann, das außerdem die Mittel zur Gewährung der Baukostenzuschüsse aufbringen und den kapitalistischen Wucher in Gestalt hoher Mieten zahlen muß, hat das dringendste Interesse an der Sozialisierung des Baugewerbes. Es kann verlangen, daß alle verantwortlichen Körperschaften in Deutschland durch die Förderung der Sozialisierung zur Verbilligung des Wohnungswezens, zur Steigerung der Bautätigkeit und damit zur Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft beitragen.

Der deutschen Bauarbeitern aber gebührt der Dank unseres Volkes, daß sie nicht warten, bis ihnen durch Gesetzgebungsakte die Sozialisierung von „oben“ in den Schoß fällt, sondern den Auswüchsen des Kapitalismus und diesem selbst zu Leibe gehen, indem sie aus eigener Kraft soziale Baubetriebe einrichten.

Aus unserem Berufe.

Düsseldorf. Die Kollegen der Vereinigten Kunstwerkstätten, G. m. b. H., sind in den Streit getreten.

Zuzug von Formern, Gießern, Röhren und Malern ist fernzuhalten.

Neuhäus b. Sbg. Die Aufforderung der Isolatorendreherkommission in Nr. 6 der „Ameise“ muß in der Tat Befremden darüber erregen, daß die Kommission so wenig in Anspruch genommen wird. Daß ihr Bestehen überhaupt bisher von Nutzen für die gesamte Kollegenschaft dieser Spezialbranche gewesen ist, dürfte wohl niemand ernsthaft bestreiten können, der in dieser Branche beschäftigt ist. Allerdings müßte die Kommission bezw. deren Tätigkeit besser ausgebaut werden. Die Gollerischen Berechnungen müßten einige Änderungen erfahren.

In den meisten Betrieben werden die Lohn- oder Preis-Kommissionen wohl schon die Erziehung gemacht haben, daß ihnen mit dem Einwand, daß die Firma könne bei den geforderten Preisen nicht konkurrieren die oder jene Firma stelle den gleichen Artikel billiger her. Ob das richtig ist oder nicht, kann die Kommission weder bestätigen noch bestreiten, so lange sie keine Beweise darüber hat. Sogar die Arbeiterschaft des Betriebes wie die der anderen Betriebe mit der Isolatorendreherkommission in Verbindung, kann sie von letzterer erfahren, zu welchen Preisen und bei welchen Herstellungsmethoden in den anderen Betrieben der oder die strittigen Artikel hergestellt werden. Dann

läßt sich auch durch Vergleich leicht feststellen, ob wirklich die Arbeiterschaft des einen Betriebes billiger arbeitet als die andere. Dem Uebelstande des gegenseitigen Niederkonkurrierens durch Morblöhne, wie das in Untertuntnis der Verhältnisse leicht sehen kann, ließe sich dann steuern.

Bei Anfragen an die Isolatorendreherkommission müßte allerdings eine Skizze mit eingesandt werden, die zweifellos erkennen läßt, um welchen Artikel es sich handelt. Ferner müßte die Arbeitsmethoden angegeben werden. Solche Anfrage könnten in einigen Tagen beantwortet sein. In eiligen Fällen könnte die Preis-Kommission am einzelnen Orte, solange sie nicht im Besitz der Antwort der Isolatorendreherkommission ist, sich doch helfen, daß sie unter Vorbehalt einen provisorischen Preis verbilligt. Bei sachgemäßem Arbeiten ließe sich in dieser Form doch etwas Ordnung und Regelung in die Arbeitspreise bringen.

Die Isolatorendreher wollen sich mit diesen Vorschlägen recht bald befassen und ihre Meinung äußern. Die Schwierigkeiten, die da bestehen, werden nicht unüberwindlich sein.

Selb. Die Differenzen bei der Firma Krauthelm & Berg sind durch Eingreifen der Vertreter der Spitzenorganisation beigelegt worden. Das Ergebnis der dreitägigen Verhandlung wurde einer Betriebsversammlung zur Beschlußfassung mitgeteilt. Am Montag, den 14. Februar, wurde sodann die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Arbeitslosenziffer in unserem Berufe ist im Dezember 1920 wieder etwas gestiegen. Im November betrug sie 3,0 v. H., im Dezember 3,5 v. H. Arbeitslos waren von 50 864 Mitgliedern, über die berichtet wurde, 903 männliche und 866 weibliche, zusammen 1769. Wie groß die Zahl der bei beschränkter Arbeitszeit Beschäftigten (Kurzarbeiter) gewesen, dabei nicht ermittelt worden. Nach den Berichten der Industrie hat sich die Kohlenkalamität nach dem Vertrage von Spa noch bedeutend verschärft. Die Verwendung von Ersatzbrennstoffen (Braunkohle, Holz) habe zu einer Steigerung des Prozentfußes an Ausschußware geführt. In einer Fabrik elektrotechnischer Porzellane hat sich die Ausschußziffer von 10 auf 40 v. H. erhöht.

Der Mitgliederbestand unseres Verbandes ist in andauerndem Steigen begriffen. Die Auflageziffer unseres Blattes, „Ameise“, beträgt jetzt 60 000.

Vermischtes.

Betriebsräte in privaten landwirtschaftlichen Betrieben. Der preussische Landwirtschaftsminister weist in einem Erlass darauf hin, daß anlässlich des letzten Landarbeiterstreiks im Regierungsbezirk Stralsund festgestellt worden ist, daß in den landwirtschaftlichen Privatbetrieben die Wahlen von Betriebsräten noch nicht überall eingeleitet sind. Der Minister ordnet daher an, daß damit verzüglich dort begonnen wird, wo nach dem Betriebsrätegesetz die Errichtung einer Betriebsvertretung notwendig ist. Die Betriebsräte sind zur Berichterstattung über die Zahl der in den betreffenden landwirtschaftlichen Privatbetrieben und über die Zahl der in jedem von ihnen tätigen ständigen Arbeitnehmer aufzufordern worden. Der preussische Landwirtschaftsminister hat auch für die sämtlichen anderen Regierungsbezirke auf dem Regierungsbezirk Stralsund eine Nachprüfung darüber gefordert, ob die Betriebsvertretungen überall vorhanden sind.

Die Kammer für Arbeitsstreitigkeiten beim Reichsgericht des Völkerbundes, den die erste Hauptversammlung in Genf errichtet hat, ist, wie die „Soziale Praxis“ schreibt, dort beschlossene Beschlüsse. Ihr sollen alle Streitfälle, die nach Artikel 13 des Friederichs-Vertrages dem Internationalen Gerichtshof zugewiesen werden können, verhandelt werden. Um die erforderliche Sachkenntnis dieser Kammer zu gewährleisten, werden zu den ständigen Mitgliedern noch Beisitzer mit beratender Stimme hinzugezogen. Die sachverständigen Beisitzer werden aus einer Liste entnommen, die jedes Mitglied des Völkerbundes zwei Namen nennt. Ebenfalls viele nennt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, und zwar je zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. In einzelnen Ländern von den zuständigen Zentralbehörden, so z. B. in Preußen durch den Minister für Volkswohlfahrt, angeordnet worden, daß die Berechnung der Förderungsbeträge aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge einstweilen noch die seit dem 1. Mai 1920 geltenden Unterstützungssätze zugrunde zu legen sind. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat jetzt, wie die „Mitteilung der Zentralstelle des Deutschen Städtetages“ schreiben, demgegenüber beim Reichsarbeitsministerium beantragt, anzunehmen, daß die seit dem 1. November 1920 geltenden erhöhten Unterstützungssätze der Berechnung der Förderungsbeträge zugrunde gelegt werden.

Verfassungsberichte.

Die Gedekfeier. (Eigentlich kein Feuilleton, sondern — ein **Lin-Charlottenburger** Versammlungsbericht.) Von Helmuth Med. Um es vorweg zu sagen: Diese Angelegenheit ist kein Schmutz, der Verbandskollege. Im Versammlungsanzeiger der „Ameise“ wurde die Gedekfeier sachlich für den 29. Januar 1921 angekündigt und fand an besagtem Sonnabend tatsächlich unter erfreulicher Beteiligung vieler Berliner und Charlottenburger Kollegen statt (wir sind auch Spandauer Gäste und den Hauptvorstand). Sie wird — irre wohl nicht — bei allen Teilnehmern in freundlicher Erinnerung weiterleben; denn die hohe Kunst und sonniger Humor erheiterten und erfreuten die Gemüter. Mit anerkanntem Beifall wurde nicht geknast. Um 1/2 12 Uhr nächtlings marschierte man bei hellem Sternenhimmel heimwärts. Ist damit alles gesagt? Der 29. Januar der Berlin-Charlottenburger soll allen offen im Verband hübsch lustig erzählt werden!

Just vor einem Jahre wurden die Zahlstellen Berlin und Charlottenburg auf Beschluß der Generalversammlung in Markt- und Bezirk verschmolzen. Kollege Berndt, der Vorsitzende, gedachte dieses Ergebnisses prägnant in seinen Begrüßungs- und Eröffnungsreden. Er betonte u. a., daß auch unserem heutigen, diesmal nicht Parteipolitiker versalzene, sondern mit echter, über allem strahlender Kunst gewürzten Abend gewerkschaftlicher Wert zuzurechnen werden muß. Wilhelm Liebknechts Ausspruch: „Wissen macht!“ rechtsfertigt voll auf unser Beisammensein, auch wenn es dem Rahmen der üblichen Zahlstellenversammlungen heraustritt.

Warum aber auch nicht . . . ? Warum soll der Jahrestag brüderlichen Aufgehens zweier Zahlen nicht einmal Anlaß sein zu fröhlicher Geselligkeit beim Biertrinken, zu neuer Freude und neuem Genuß der Werke unserer Kesselhelden, zu weiterer Bildung!

So kam es! Wir fühlten uns alle wohl, wir jungen und alten Porzelliner konnten dabei schmunzelnd bekennen, daß „Geselligkeit“ eine Erfindung, die stets willkommen ist, und bei der man sich wirklich nicht weilt . . .

Der Ort der Handlung. Die Speiseanstalt der Berliner Porzellanmanufaktur, nahe an den Ufern der sehr alten Spree. Ein geräumiger Saal mit traulichen Lauben an der Seite, buntem Wandteppich als Deckenschmuck, und einem Podium mit immergrünen Pflanzen geschmückt. Allmählich füllt sich die Riste. — Dann ein Wort: Der Vorsitzende spricht seine Festrede (siehe oben). Und

Steigen die vielen bunten Raketen am Himmel zeitloser Kunst. Hauskapelle gibt einen flotten Auftakt: Overture zum „Kalifen Bagdad“. Händeklatschen. Verneigen der Kollegen Kühn, Nthey und Schulz. Wie im Opernhause. — — —

Eugen Burmann, ein Kollege von der Branche der Schilder- und vielgeschätzter Rezitator in Berliner Genossenschaft und anderen Verbänden, bringt vorerst ernste Kunst. Gerhart Hauptmanns „Im Nachtzug“ glüht in heiß durchseelten Worten auf. Goethes „An Schwager Kronos“ folgt temperamentvoll als dritter Lichtpunkt schießen des lieben Heinrich Heines „Weber“ monumental und anklagend in die Zeitgeschichte. — Ehrlicher Beifall mit den wackeren Sprecher.

Sangesfreudige Kollegen aus dem M.-G.-B. „Humor 1868“ spielen sich um ihren Dirigenten. Beethoven, der unsterbliche Meister der Tonkunst, läßt mit seiner „Symphonie an die Nacht“ die Nacht zu den Sternen aufglücken.

Glüht nur, ihr gold'nen Sterne,
Winkend aus blauer Ferne:
Möchte zu euch so gerne flieh'n
Himmelwärts! — — —

Ansprechende, fröhliche Volks- und Tanzliedchen, sauber gesungen und tüchtig applaudiert, beschließen den ersten Teil.

Pause. Hochwillkommen und gerne benutzt zu zwangloser Arbeit. — Später entschädigt heiterer Beifall den Kollegen Storch für den gelungenen Vortrag von Preschers „Aufhebung“. Und gleichen Anklang erntet Kollege Fielitz mit zwei fröhlich gesungenen, fein empfundenen Balladen Meister Loewes.

Aber noch einmal spricht menschliche Tragik und menschliches Leben in ernsten Worten der Weltliteratur zu uns. Die „Melodie“ von Ruffen Rubinstein, von der Hauskapelle famos gespielt, fast feierlich und bedeutungsvoll Fauststimmung aufkeimen. In der Studierstube zieht in ausgezeichnete Rhetorik an uns über und läßt zum Schluß ein Gefühl der Ergreiftheit zurück.

Laute Bravorufe lohnen Burmanns Kunst und machen seine Rezitation zum Clou und — zum Erlebnis des Abends.

In neuerlicher Pause klingen Dankesworte hinüber und herüber und Frihe Viehl, einer aus dem Lager der Schilder- und Maler, ein geplagtes Geburtstagskind, schwingt schnell eine großartige Rede und wird dafür mit einem Lorbeerbäumchen und verschiedenen kleineren Belohnungen belohnt.

Indessen eilt der Zeiger der Uhr unermüdet: Der letzte Teil der Darbietungen steigt.

Kollege Fielitz, der (trotz dickem Tabakqualm) unerschrockene Reden, schmettert launig die „Champagnerarie“ aus dem „Don Juan“ und den Prolog zu „Bajazet“ und sah sich gezwungen, ein kleines Da capo dazu zu singen.

Kurz vor Torenschluß wurde noch eine erste und altbewährte Rede aufgeführt: Kollege Sommer. Er entsachte mit der treuen Wiederholung der im „Mecklenburger Platt“ erzählten „Löwen- und neue Salvo.“ herabhafter Lustigkeit. Dito mit der Berliner

Milieuerschöpfung hiesiger Stadtbahnerhältnisse durch Altros „Vollring III. Klasse“. — Und zum Schluß E. Burmann nicht zu vergessen. Er beschloß seine reichhaltigen Beiträge zum Gelingen unserer Gedekfeier mit dem Vortrag heiterer bayerischer und ostpreussischer Dialektgedichte und wird die Gewißheit heimgenommen haben, durch seine Darbietungen uns Neues und Schönes vermittelt zu haben. Ihm, wie allen anderen Kollegen, insonderheit auch der unermüdeten Hauskapelle, sei noch einmal von hier aus unser aller Dank kundgetan.

Der Reigen meiner ehrlichen Eindrücke und Komplimente ist erschöpft und mit ihm die gewünschte Berichterstattung. Die gestrigen Wirtschaft, und vor allem Parteipolitiker aller Richtungen in den Reihen unseres Verbandes bitte ich um gütige Nachsicht. Vielleicht hat dieser schnelle Niederschlag einer gemütlichen Kollegenzusammenkunft ihr hartes Herz doch etwas erwärmt und angeregt zu ähnlichen Veranstaltungen. Wohl! Gewichte Köpfe gibts in jeder Zahlstelle; ein gelungener Verlauf solcher Abende ist damit schon verbürgt.

Weiden. In der am 1. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die unterm heutigen Datum in der Restauration „Zur Sonne“ versammelten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen von Weiden protestieren gegen den Abschluß des letzten Lohnabkommens und gegen die Behauptung der Unternehmer, daß die ledigen Leute mit dem heutigen Lohn bereits ihr Existenzminimum erreicht hätten. Man rechnete wohl im letzteren Falle mit den jungen Leuten, welche bei ihren Eltern wohnen und vergaß dabei diejenigen, die keine Eltern mehr haben, oder von diesen getrennt leben müssen. Ebensowenig berücksichtigt man die verheirateten Arbeiterinnen, welche gezwungen sind, durch ihre große Kinderzahl und den niedrigen Verdienst des Mannes mit in die Arbeit zu gehen.

Die Versammelten erheben Protest gegen die Ausschaltung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und gegen die Verweigerung von Lohnerhöhungen, wie auch gegen die Ablehnung der Erhöhung der Mindestlöhne und Akkordbajen durch die Unternehmer.

Die Versammelten lehnen in Zukunft jede Verantwortung für die Einhaltung des Tarifes und für eventuelle eintretende Folgen ab. Die Hartnäckigkeit der Vertreter des Verbandes der deutschen feinkeramischen Industrie bei Lohnverhandlungen zwingt geradezu die Porzellanarbeiter zur Durchbrechung des Tarifabkommens.

Sollte im März erneut der Unternehmerverband sich gegen eine prozentuale Lohnerhöhung ablehnend verhalten für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied des Alters, ob verheiratet oder ledig, so hat er allein die Verantwortung für die entstehenden Folgen zu tragen. Die Versammelten lehnen jede Verantwortung ab und werden bei weiteren Ablehnungen von prozentualen Erhöhungen die Konsequenzen aus dem Verhalten der Unternehmer bei den Märzverhandlungen ziehen.

Wollen die Unternehmer den Wirtschaftsfrieden erhalten, so müssen sie bereit sein, der Arbeiterschaft im März eine allgemeine Lohnerhöhung zu gewähren und einen Ausgleich in den bisher geschaffenen Lohnerhöhungen zu schaffen.

Literarisches.

„Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft“. Von Otto Hue. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis 1 Mk.

„Valtaelend und Friedensvertrag“, von Dr. Henry Behnen und Dr. Werner Gensmer. Zweite, neubearbeitete Auflage (6. bis 20. Tausend). Verlag von Felix Meiner, Leipzig. 96 Seiten. Preis 5 Mk. — In rein wirtschaftlicher Untersuchung gibt die Schrift einen Maßstab für die Wirkungen der Friedensbedingungen der Entente auf die deutsche Volkswirtschaft, besonders auf den Außenhandel, die Reichsfinanzen und das Geldwesen. Gerade im Hinblick auf die Pariser Ententebeschlüsse mit ihrem unlöslichen Widerspruch, daß sie von Deutschland wirtschaftliche Leistungen fordern, die gleichzeitig unsere Leistungsfähigkeit zerstören müssen, wird die Schrift allen, die im praktischen Leben stehen, manche Anregungen und neue Gesichtspunkte zur Beurteilung unserer Lage geben.

„Wilhelm der Diplomat“. Von A. Köster. Preis 1,50 Mk.

„Die neuen preussischen Wahlgesetze“, eingeleitet und erläutert von Paul Hirsch. Preis 7,50 Mk. mit steifem Umschlag. Verlag: „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Adressen-Änderungen.

Huma. Der Kassierer Albert Kuhnt wohnt jetzt Beulenrodenstraße 4, part.

Hennigsdorf. Schriftf.: M. Fülst, Belten, Breitestr. 65. Revisoren: R. Wiese, Berlinerstr. 38, und R. Delschner, Rathenauftr. 14.

Karlsruhe (Baden). Der Vorsitzende heißt nicht Heim, sondern August Henn. Der Schriftführer heißt Balthaus, nicht Balthans.

Peterwitz bei Frankenstein (Schlesien). Vorsitzender: Max Hein, Nr. 49. Schriftführer: Richard Abend. Kassierer: Josef Hoffmann, Nr. 91. Revisoren: Gustav Vonke, Nr. 79, und Josef Pübner, Nr. 79.

Quittung.

Für unser Mitglied W. Klinghammer gingen nachträglich noch 32 Mk. von der Zahlstelle Peterwitz (Schl.) ein, wofür wir bestens danken. Zahlstelle Blaue. R. Mämpel, Kassierer.

Der Dreher Hermann Mad wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Zahlstelle Coburg.

Unserem Kollegen Heinrich Demps zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Zahlstelle Weisel.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
Amberg. Freitag, den 4. März, abends 5 Uhr, Auf der Alm.
Berlin-Charlottenburg. Betriebsräte und Betriebs-
wohleute. Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr, bei Wollschlä-
 ger, Adalbertstr. 21.
 — **Schildermaler.** Dienstag, den 1. März, nachm. 5 Uhr,
 bei Wollschläger.
 — **Figurenbranche.** Mittwoch, den 2. März, nachm.
 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Vortrag der Genossin Hanna.
 — **Emaillebranche.** Donnerstag, den 3. März, nachm.
 5 Uhr, bei Wollschläger.
Düsseldorf. Samstag, 5. März, bei Rib, Ecke Bahn-Rich-
 selbstraße. Vortrag.
Tiefenfurt. Sonnabend, 5. März, abends 8 Uhr, in der
 Brauerei.
Witten. Freitag, den 25. Februar, nachmittags 4½ Uhr, bei
 Tübide, Breitestr. 86.
Weißwasser. Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, in
 Handrechts Gasthaus.

Aufruf.

Unser Kollege **Gustav Aushner**, Dreher, ist seit 1918 asthma-
 krank und ausgeteuert. Derselbe ist Mitglied seit 1888 und hat in
 dieser Zeit immer für die Interessen der Kollegen gewirkt. Zahl-
 stellen, die gewillt sind, demselben eine Unterstützung zukommen zu
 lassen, ersuchen wir, Gelder zu senden an den Unterzeichneten.
 Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Für die Zahlstelle Tiefenfurt. **Max Buse**, Kassierer (Porzellanm.)

Anna.

Sprechstunden in Klassenangelegenheiten und Auszahlung von
 Unterstützung nur Sonnabends von 1—3 Uhr, und Sonn-
 tag 3 von 12—2 Uhr.

Albert Ruhn, Kassierer, Zeulenrodaerstr. 4, part.

Arbeitsnachweis Orlamünde.

Der **Arbeitsnachweis**, Nebenstelle Orlamünde und Um-
 gebung, ist an das Gewerkschaftsamt übergegangen. Leiter des Nach-
 weises ist der Kartellvorsitzende **Karl Stang**, Orlamünde,
 S.-A., Edelhof. Ohne Bescheinigung vom Nachweis dürfen Ar-
 beitskräfte in den angeschlossenen Betrieben nicht eingestellt werden.
 Zu letzteren gehören auch die Porzellanfabriken **Freienort**,
Uhlstädt und **Beutelsdorf**. Offene Stellen sind dem Nach-
 weis zu melden. Alle Arbeitsuchenden wollen sich nur an den Nach-
 weis wenden.

Karl Stang.

Sterbetafel.

Breslau. **Martha Dettke**, Stanzlerin, geboren am
 20. Oktober 1900 in Maliers, gestorben am 9. Februar an
 Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.
Fraureuth. **Oswald Schönfeld**, Maler, geboren am
 3. November 1861, gestorben am 13. Februar an Lungenentzün-
 dung. Mitglied seit 1916.
Grünstadt. **Richard Mäder**, Maler, geboren am
 27. Januar 1895 in Neuseiningen, gestorben am 7. Februar an
 einem im Kriege zugezogenen Herzleiden. Mitglied seit 1920.
Kahla. **Friedrich Vulpus**, Dreher, geboren am
 23. August 1875, gestorben am 10. Februar an Gehirnschlag.
 Mitglied seit 1918.
Koschütz. **Alma Stegner**, Stickerin, geboren am
 24. November 1871, gestorben am 10. Februar an Lungenleiden.
 Mitglied seit 1919.
Schlierbach. **Adolf Rappauf**, Drucker, geboren am
 3. Januar 1864 in Großbreitenbach, gestorben am 8. Februar
 an Nierenleiden. Mitglied seit 1919.
Selb. **Karl Grotzer**, Schleifer, geboren am 15. Juni
 1874 zu Schlaggenwald (Böhmen), gestorben am 27. Januar an
 Lungentuberkulose. Mitglied seit 1912.
 — **Karl Zeit**, Maffemüller, geboren am 26. September
 1886 zu Fraureuth, gestorben am 6. Februar an Bronchopneu-
 monie. Mitglied seit 1918.
Sophienau. **Adolf Wittmann**, Hofarbeiter, geboren
 am 19. September 1861 zu Polznitz, gestorben am 30. Januar
 an Nierentuberkulose. Mitglied seit 1919.
Waldenburg. **August Dampel**, Lagerarbeiter, geboren
 am 11. Juli 1865 in Neusalzbrunn, gestorben am 30. Januar
 an Lungenentzündung. Mitglied seit 1913.
 — **Reinhold Bergel**, Dreher, geboren am 10. März
 1863 in Sophienau, gestorben am 5. Februar an Blutsturz.
 Mitglied seit 1896.
 — **Karl Kranke**, Kapseldreher, geboren am 29. Juli
 1857 in Eichen, gestorben am 8. Februar an Herzschwäche. Mit-
 glied seit 1912.
Waldhain. **Johann Sölich**, Maler, geboren am
 20. Juni 1893, gestorben am 7. Februar an Gehirnhautentzün-
 dung. Mitglied seit 1919.

Eberhard Mendenken!

Zeitmarkt.

Offizielles, kein **Arbeitsnachweis** beiliegend, werden
 nicht weiter beibringt.

Für sofortigen Antritt suchen wir einen tüchtigen **Becher-** und
Schleifendreher. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt.
Waldenburg. Porzellanfabrik **C. & E. Carstens** **Waldenburg** i. Th.

Bücher und Gießer für Gipsfiguren auf sofort gesucht.

Figurenfabrik H. Carl, Rassel.

**Tüchtige Freidreher und Dreher für Hoch- und Nieder-
 Spannungsisolatoren werden gesucht.**

S. Schomburg & Söhne, Alt.-Ges., Hohlau (Anhalt).

**Zuverlässiger Gießer, der selbständig arbeitet und auch im
 Drehen bewandert ist, zu halb mögl. Eintritt gesucht.**

Schwarzwälder Majolika-Fabrik, Baden-Dos.

**Tüchtige Schilbermaler für dauernde Arbeit suchen
 Richter & Diekmann, Bremen, Westerstr. 96.**

**Gipsfigurenfabrik sucht tüchtigen Modelleur, der eigen-
 weltliche oder religiöse Modelle verkauft und nach Zeichnungen an-
 fertigt.**

**Offerten mit Abbildungen, Größen und genauem Preis er-
 beten unter M. L. 103 an die Redaktion der „Ameise“.**

**Empfehle mich zur Anfertigung von Stahlplatten in sauberster
 Ausführung bei billigster Berechnung.**

Graveur Jos. Schausfuß, Selb, Obere Bergstr. 8, I.

**Wir suchen für sofort einen tüchtigen Majolikamaler
 als Mustermaler für Vasen und Stillartikel.**

Aug. Heißner Nachf., Terrakottawarenfabrik, Gräfenroda i. Thür.

**Wir suchen einen tüchtigen ledigen Kapseldreher.
 Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sa.**

**Tüchtiger Schmelzer für Fürbringer-Muffel, der auch im
 Baden von Porzellan geübt ist, per sofort für dauernde Stellung
 gesucht. Infolge der Wohnungsnot können nur ledige Bewerber be-
 rücksichtigt werden. Angebote mit genauen Angaben über bisherige
 Tätigkeit unter: „Schmelzer“ an die Redaktion der „Ameise“
 erbeten.**

**Lebiger Großgeschirrdreher und lebiger Formengießer werden
 sofort eingestellt.**

Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth (Neuh.).

**Tüchtigen Formgießer, der auch einrichten kann, sucht für
 Dauerstellung**

**Hirschauer Steingutfabrik, C. & E. Carstens
 Hirschau b. Amberg in Bayern.**

**Tüchtiger Schleifer für sofort gesucht. Offerten unter
 K. Th. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten**

Geschäfts-Anzeigen.

**Alles stammt über die hohen Preise, die ich für Gold-
 abfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen
 zahle. Darum schickt alles zu**

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

**Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.
 Bestehtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.**

Man verlange Prospekte.

**Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen —
 Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft**

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

**Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Ver-
 golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei
 schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

**Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Sättenschuhe
 — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen
 Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turn-
 schuhe. Sämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualit. billigt. Berl.
 Sie illustr. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.
A. Klebe, Schuhverband u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (D.-L.).**

**Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie
 Drehereimeßer, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinsel-
 stiele liefert**

Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

**Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere
 Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen**

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch be-
 deutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold
 kauft die Scheideanstalt von

Max Harzt, Dresden-A., Böniß-Platz 17.

Bremer Qualitäts-Zigarren

mit 33 Proz. Rabatt. à Stück 75, 90 und 110 Pf. Versand von 50
 Stück ab in Originalkistchen. Nordh. Kantabak, 15 Rollen 24 Mk.
Universal-Versand, Bernsdorf, S.-A.

**Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.**